

Wadephul für Reform der UN-Missionen

Der Bundesaußenminister will, dass UN-Friedensmissionen wirksamer und effizienter werden.

BERLIN. Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) hat sich für eine Reform der UN-Friedensmissionen ausgesprochen. In den kommenden zwei Jahren müsse vor allem diskutiert werden, wie Friedensmissionen „wirksamer, effizienter und zukunftssicherer“ werden könnten, sagte Wadephul am Dienstag in seiner Eröffnungsrede bei der Konferenz zur Zukunft von UN-Friedensmissionen in Berlin. Insbesondere seien für Missionen künftig „klare Strategien zum Übergang und zum Ausstieg nötig“, fügte Wadephul an. Dies sei insbesondere angesichts womöglich „wachsender finanzieller Herausforderungen“ für die Missionen in den „kommenden Monaten“ nötig, sagte Wadephul in einer offensichtlichen Anspielung auf die von der US-Regierung unter Donald Trump geplanten Mittelkürzungen für internationale Zusammenarbeit.

Wadephul sagte weiter, für künftige Friedensmissionen müssten die Mandate des UN-Sicherheitsrats „nicht nur realistisch, sondern auch flexibel“ sein. Wadephul regte in seiner auf Englisch gehaltenen Rede eine Diskussion über einen „modularen Ansatz beim Peacekeeping“ an.

Deutschland richtet die Konferenz Peacekeeping Ministerial in diesem Jahr erstmals aus. An dem vom Auswärtigen Amt und vom Bundesverteidigungsministerium organisierten Treffen beteiligen sich mehr als 130 Länder, unter den Teilnehmern sind nach Angaben der Bundesregierung alleine rund 60 Ministerinnen und Minister. Bei der zweitägigen Konferenz wird über die künftige Ausrichtung des Peacekeeping, also der Friedenssicherung durch UN-Blauhelmsoldaten, beraten. Es soll über Reformvorschläge diskutiert werden, um die UN-Missionen präziser zu gestalten und ihre Wirksamkeit und Akzeptanz zu erhöhen. Weltweit gibt es derzeit elf UN-Blauhelmissionen. *AFP*

Das Zitat des Tages



Foto: imago/Jürgen Heinrich

„Klimaschutz hat in der neuen Regierung leider keinen hohen Stellenwert.“

Claudia Kemfert, Energieexpertin, befürchtet unter der neuen Bundesregierung Rückschritte beim Klimaschutz.

Kurz berichtet

Albanien: Sozialisten gewinnen erneut Parlamentswahl

TIRANA. In Albanien hat zum vierten Mal in Folge die Sozialistische Partei (PS) von Ministerpräsident Edi Rama erwartungsgemäß die Parlamentswahl gewonnen. PS kam auf 52,08 Prozent und errang damit die absolute Mehrheit in der Volksvertretung mit insgesamt 140 Abgeordneten, wie die Wahlbehörde in Tirana nach Auszählung der Stimmzettel in 95 Prozent der Wahlurnen mitteilte. Es gilt daher als sicher, dass Rama Regierungschef bleibt. Zweitstärkste Kraft blieb die konservative Demokratische Partei (PD) des Polit-Veteranen und Ex-Präsidenten Sali Berisha mit 34,47 Prozent. *dpa*

Myanmar: offenbar 20 Tote bei Luftangriff auf Schule

YANGON. Bei einem Luftangriff von Myanmars Militärjunta auf ein Dorf in der zentral gelegenen Region Sagaing ist Medienberichten zufolge eine Schule zerstört worden. 20 Kinder und Jugendliche sowie zwei Lehrer wurden getötet, hieß es am Dienstag unter Berufung auf Augenzeugen. Der Angriff habe sich während der Unterrichtszeit am Montag ereignet. Die Schule liegt in dem Dorf Ohe Htein Twin. Der staatliche Fernsehsender MRTV dementierte die Berichte und erklärte, subversive Medien würden Falschnachrichten verbreiten. *KNA*

Stell Dir vor es ist Krieg – und keiner geht hin. Dieser Spruch, mit dem vor knapp einem halben Jahrhundert Friedensbewegte kokettierten, ist den Baden-Württembergern Leitmotiv geblieben. Ausweislich des aktuellen Baden-Württemberg-Checks unserer und 44 weiterer Tageszeitungen im Land wäre nicht einmal ein Viertel der Befragten bereit, Deutschland mit der Waffe zu verteidigen.

Ein bemerkenswerter Befund. Gibt es in Baden-Württemberg nichts zu verteidigen? Keine Freiheit, keinen Rechtsstaat, keinen Wohlstand? Wer sich wach im Land bewegt, muss zu einem anderen Schluss kommen.

Die Idee, Verteidigung sei gegebenenfalls nur etwas für andere und kein persönliches Anliegen, mag zementiert sein durch das Erleben der vergangenen drei Jahrzehnte. Da war die Bundeswehr zwar ständig im Einsatz, aber immer weit weg. Das Ende des Kalten Krieges und das auch danach erfreulich hohe Engagement der Amerikaner für die Sicherheit Europas mögen die Illusion genährt haben, der ewige Frieden sei ausgebrochen.

Die Wahrheit ist leider eine andere. Kriege waren nach 1945 auch aus Europa nie ganz verschwunden: Zypern, Balkan, Kaukasus waren Schauplätze. Doch seitdem Russland, die mit Abstand stärkste Militärmacht des Kontinents, 2014 anfang, seine Grenzen mit Gewalt auszudehnen, erfährt die Bedro-

Leitartikel

Als ob noch Frieden wäre in Europa

39 Prozent der Baden-Württemberger rechnen mit Krieg. Was eine Mehrheit daraus ableitet, verblüfft.

VON CHRISTOPH REISINGER



hung Deutschlands und seiner Verbündeten in Nato und EU eine neue Wucht.

Wie wenig dies im Südwesten in das öffentliche Bewusstsein gedrungen ist, offenbart diese Zahl: Nur 21 Prozent der Befragten sehen in den seit Jahren zunehmenden Attacken staatlicher oder staatsnaher russischer Angreifer auf die digitale Infrastruktur von Behörden, Banken, Energieversorgern, Unternehmen und Krankenhäusern des Landes Anlass zur Sorge. Offensichtlich werden weder die Milliarden Schäden, die dadurch entstehen, noch der Ausfall kommu-

naler Internetseiten als Weckrufe wahrgenommen.

Man muss nicht gleich in Hysterie verfallen angesichts dieser Angriffe aus Russland. Aber diese Aggression, die ja real ist, einfach zu ignorieren, wirkt naiv.

Unterschiede zwischen Sein und Bewusstsein spiegeln sich auch in den Positionen zu einer möglichen Reaktivierung der Wehrpflicht. Nur 22 Prozent der Befragten befürworten sie, unter den potenziell am stärksten Betroffenen 18- bis 29-Jährigen sind es sogar nur 14 Prozent. Ein all-

Was für ein Kontrast zu der Haltung so vieler Ukrainer, die unter Angriffen leiden.

Das „Königreich Deutschland“ findet ein jähes Ende

Bundesinnenminister Dobrindt hat den größten Verein aus der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene verboten. Am Dienstag gab es bundesweit Durchsuchungen. Wie ticken die Mitglieder?

VON JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat den Verein „Königreich Deutschland“ (KRD) verboten. Zweck und Tätigkeit der größten Gruppe aus der Reichsbürgerszene liefen „den Strafgesetzen zuwider und richten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung“, erklärte das Innenministerium am Dienstag in Berlin. Die Anhängerinnen und Anhänger leugneten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und errichteten selbst „pseudostaatliche Strukturen und Institutionen“, so die Bundesanwaltschaft.

Ein selbsternannter König

Laut Ministerium ist das „Königreich Deutschland“ 2012 in Wittenberg von dem als „Obersten Souverän“ geltenden Peter F. ausgerufen worden. Der Verein gilt als derzeit mitgliederstärkste Vereinigung im Spektrum der sogenannten Reichsbürger und Selbstverwalter in Deutschland. Sie verneinen die Existenz der Bundesrepublik und lehnen deren Rechtssystem ab. Das „Königreich Deutschland“ betrachtet sich als „Gegenstaat“ unter monarchisch-absolutistischer Führung von Peter F. mit eigener Rechtsprechung. Rund 1000 Mitglieder sollen bundesweit zur Vereinigung gehören, allerdings sprach der Verein selbst auch schon von 6000 Anhängern.

„König“ Peter F. allerdings muss erst einmal aus dem Gefängnis weiterregieren. Er ist am Dienstag genauso festgenommen worden wie drei weitere Männer. Laut Bundesanwaltschaft wurden die Haftbefehle gegen die führenden Köpfe der Gruppe in den Landkreisen Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz), Mittelsachsen (Sachsen) und Oder-Spree (Brandenburg) vollstreckt.



Alexander Dobrindt ist seit kurzem neuer Bundesinnenminister. Foto: dpa/Michael Kappeler

Zugleich gab es dort, aber auch an anderen Adressen, Durchsuchungen. Insgesamt waren sieben Bundesländer betroffen, zudem die Wohnung eines weiteren Beschuldigten im Kanton Solothurn in der Schweiz. Die Beschuldigten seien dringend verdächtig, sich „als Rädelführer in einer kriminellen Vereinigung mitgliedschaftlich betätigt zu haben“, so die Bundesanwaltschaft. Peter F. werden zusätzlich unerlaubte Einlagen und Versicherungsgeschäfte vorgeworfen.

Auch im Südwesten ist die Gruppierung vertreten. In Baden-Württemberg hat es am Dienstag ebenfalls eine Durchsuchung gege-

ben – in Mainhardt im Landkreis Schwäbisch Hall. Am frühen Morgen durchsuchten dort Polizeikräfte das Wohngebäude einer Führungsperson des Vereins. Festnahmen oder Waffenfunde gab es dort nach Angaben eines Sprechers des Innenministeriums nicht. Man habe Beweismittel gesichert.

Gruppe wirbt mit Steuerfreiheit

Das Landesamt für Verfassungsschutz geht aktuell von einer dreistelligen Zahl an Unterstützern in Baden-Württemberg aus. Die Anhängerschaft organisiert sich demnach in Regionalgruppen, unter anderem im Raum Stuttgart, Heilbronn/Schwäbisch-Hall, Ulm, Freiburg/Südbaden und Bodensee. Es würden auch gezielt kleine und mittelständische Unternehmen angeworben. In Baden-Württemberg seien rund 20 solche Betriebe bekannt.

Das passt zur Strategie der Gruppe, eine Art Parallelstaat aufzubauen. Dazu gehören ein eigenes Bank- und Versicherungssystem, ein „Meldeamt“ mit fiktiven Ausweisdokumenten und eine eigene Währung. Mitglieder weisen sich immer wieder wie selbstverständlich mit ihrer „KRD-Identitätskarte“ aus. Die Bank- und Versicherungsgeschäfte halfen bei der Geldbeschaffung, weitere Mittel flossen als Spenden oder Einnahmen aus Seminaren, so die Verfassungsschützer.

Interessenten macht die Gruppe eine Mitgliedschaft mit großen Versprechungen schmackhaft. Im „Königreich“ müssten zum Beispiel keine Steuern gezahlt werden. Geschäfte seien ebenso steuerfrei. Am deutschen Staat wird kein gutes Haar gelassen. Dabei fehlt es auch nicht an verschwörungstheoretischen Elementen: Die staatlichen Institutionen Deutschlands und anderer Länder würden als „satanisch unterwandert“ oder „von jüdischen Clans gelenkt“ dargestellt, so der Verfassungsschutz.

Die Tomicek-Karikatur



Dealmakers wahre Wünsche

UN: Russland für Abschuss von MH17 verantwortlich

Im Juli 2014 wurde der Malaysia-Airlines-Flugs MH17 über der Ostukraine von einer Rakete getroffen – alle 298 Passagiere starben.

MONTREAL. Mehr als zehn Jahre nach dem Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugs MH17 über dem Osten der Ukraine hat eine UN-Organisation Russland für den Vorfall verantwortlich gemacht. Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) erklärte am Montag, von Australien und den Niederlanden vorgebrachte Anschuldigungen seien aus ihrer Sicht „faktisch und rechtlich gut begründet“.

Flug MH17 war am 17. Juli 2014 auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur über dem Osten der Ukraine von einer Rakete getroffen worden und abgestürzt, alle 298 Insassen wurden getötet, unter ihnen 196 Niederländer, 43 Malaysier und 38 Australier. Auch vier Deutsche waren unter den Opfern. „Die Russische Föderation hat beim

gemeines verpflichtendes Dienstjahr können sich mit 54 Prozent – unter den Jungen 48 Prozent – deutlich mehr Baden-Württemberger vorstellen.

Im Vordergrund steht also nicht die Frage, wie Deutschland möglichst schnell eine militärische Reserve aufbauen könnte, ohne die Landes- und Bündnisverteidigung nicht funktioniert. Es geht den Bürgern eher darum, Eingriffe in die eigene Lebensgestaltung zu minimieren oder sich zumindest möglichst viele Wahlmöglichkeiten offenzuhalten.

Was für ein Kontrast zur Haltung so vieler Ukrainer, die unter die russische Angriffsmaschine geraten sind! Sie beeindruckten mit Kreativität und Standfestigkeit, mit denen sie ihre Unterlegenheit im Kampf ausgleichen. Nicht minder überzeugen sie durch Willen und Fähigkeit, ihre Gesellschaft funktionsfähig zu halten und sich zu behaupten.

In Baden-Württemberg werden jetzt gemäß den Umfrageergebnissen immerhin mehr private Notvorräte angelegt. Und 92 Prozent der Befragten sprechen sich für Notfallpläne für die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall aus.

Überspitzt formuliert: Die Bereitschaft sich zu wehren, ist gering – im Krieg sollen Aggressoren Baden-Württemberg aber gut organisiert und bevorratet vorfinden.

Nachruf

Idol der Linken: „Pepe“ Mujica tot

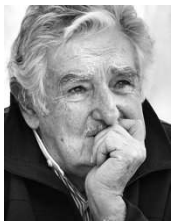


Foto: imago/Gerardo Vieira

Als Guerillero kämpfte er mit Waffengewalt gegen den Staat, als Präsident mit politischen Mitteln gegen die Armut. Nach dem Ende seiner Amtszeit widmete sich José „Pepe“ Mujica der Blumenzucht. Jetzt ist der frühere uruguayische Staatschef (2010-2015) im Alter von 89 Jahren gestorben.

Mit seiner bescheidenen und nahbaren Art wurde Mujica zu einem Idol der lateinamerikanischen Linken. Auch als Präsident wohnte er in einem einfachen Bauernhaus in der Nähe der Hauptstadt Montevideo mit nur drei Zimmern und einem Kohleofen. Er fuhr einen alten VW Käfer und spendete einen Großteil seines Gehalts, weshalb er als „ärmster Präsident der Welt“ galt.

Seine Kritik galt vor allem der Konsumgesellschaft. „Wenn wir die Bedürfnisse vervielfachen, verbringen wir unsere Lebenszeit nur noch damit, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Der Markt beherrscht uns und nimmt uns unsere Lebenszeit“, sagte er während seiner Krebsbehandlung in einem Interview. „Wir müssen für das menschliche Glück kämpfen, nicht für Reichtum.“

José Alberto Mujica Cordano wurde am 20. Mai 1935 in Montevideo geboren. In den 1960er Jahren schloss er sich der Guerilla-Gruppe Tupamaros an und beteiligte sich an Überfällen, Entführungen und Bankrauben. Er wurde festgenommen und blieb bis zum Ende der Militärdiktatur (1973-1985) insgesamt fast 15 Jahre in Haft. Nach der Rückkehr zur Demokratie schwor Mujica dem bewaffneten Kampf ab und ging in die Politik. Er war Abgeordneter, bevor er 2005 das Amt des Landwirtschaftsministers übernahm. Im Alter von 74 Jahren gewann er 2009 als Kandidat der linken Koalition Frente Amplio die Präsidentenwahl. Wie sich die Menschen an ihn erinnern sollen, wurde er gefragt, als er bereits schwer krank war. Seine Antwort: „So wie ich bin: ein alter Verrückter.“ *dpa*